

Ökostrom für Landesvertretung in Berlin

[11.08.2020] Mit einer neuen Photovoltaikanlage spart die Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin künftig jedes Jahr etwa 4.900 Euro an Stromkosten. Die Anlage befindet sich auf dem Dach der Landesvertretung und erzeugt rund 26.300 Kilowattstunden Strom pro Jahr.

Auf dem Dach der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin ist eine rund 170 Quadratmeter große Photovoltaikanlage in Betrieb genommen worden. Das berichtet jetzt das baden-württembergische Ministerium für Finanzen. „Die neue Photovoltaikanlage erzeugt durchschnittlich 26.300 Kilowattstunden Strom pro Jahr“, sagt Finanzstaatssekretärin Gisela Splett. „Neben der positiven Umweltbilanz sollen künftig jedes Jahr etwa 4.900 Euro an Stromkosten eingespart werden. Mit der Anlage werden umweltfreundlicher Solarstrom und extensive Dachbegrünung zusammengebracht.“ Staatssekretär Andre Baumann, der Bevollmächtigte des Landes, begrüßt die Inbetriebnahme der Anlage und erklärt: „In der Landesvertretung setzen wir bei der Stromversorgung konsequent auf erneuerbare Energien. Es ist daher selbstverständlich, auch die Kraft der Sonne miteinzubeziehen. Der übrige im Haus benötigte Strom stammt ebenfalls aus regenerativen Quellen.“ Die Errichtung der Photovoltaikanlage bei der Landesvertretung in Berlin ist Teil des verwaltungsinternen Refinanzierungsverfahrens (VIRE), informiert das Ministerium. Dabei handle es sich um ein energetisches Sonderprogramm für technische Verbesserungen in bestehenden Gebäuden zur Energie- und Wassereinsparung. Die Investitionen würden sich über die jeweils eingesparten Energiekosten der Projekte refinanzieren. Die Investitionen von rund 88.000 Euro für die Photovoltaikanlage der Landesvertretung etwa würden sich nach knapp 18 Jahren rechnen. Der Ausbau von Photovoltaikanlagen auf Landesliegenschaften sei ein wichtiger Teil des fortgeschriebenen Energie- und Klimaschutzkonzepts für landeseigene Liegenschaften 2020 bis 2050. Er soll dazu beitragen, das im Klimaschutzgesetz für Baden-Württemberg enthaltene Ziel einer weitgehend klimaneutralen Landesverwaltung bis 2040 zu erreichen. Bis Ende 2019 sei bereits eine Fläche von mehr als 100.000 Quadratmetern mit Photovoltaikanlagen auf landeseigenen Liegenschaften belegt gewesen. Mit der Fortschreibung soll die Fläche bis 2025 auf mindestens 130.000 Quadratmeter und bis 2030 auf mindestens 175.000 Quadratmeter anwachsen.

(co)